

## Offener Brief an Bundespräsident Joachim Gauck

*Sehr geehrter Herr Bundespräsident,*

der Deutsche Behindertenrat wünscht sich für das neue Jahr einen behindertenpolitischen Aufbruch – eine Forderung, die wir als Spitzenverband der Orthopädie-Techniker in Deutschland nur voll und ganz unterstützen können. Unserem handwerklichen Berufsstand sind naturgemäß die Probleme und Herausforderungen von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sehr vertraut. Das Gesundheitshandwerk arbeitet mit Leib und Seele dafür, immer noch weitere Verbesserungen bei den heutzutage bereits sehr ausgefeilten Hilfsmitteln zu erreichen. Dabei mitzuhelfen, dass Menschen, die eine Prothese tragen, im Rollstuhl sitzen oder sich mit Gehhilfen fortbewegen müssen, am gesellschaftlichen Leben vollwertig teilhaben können, ist Kern unseres Berufsethos und füllt uns aus.

Viele von uns sehen diese Berufung nicht nur im Hauptamt, sondern auch im ehrenamtlichen Engagement. Ein anschauliches Beispiel für die enge Bindung an das Wohlergehen gehandicapter Menschen ist der regelmäßige ehrenamtliche Einsatz in den Werkstätten der paralympischen Spiele, zuletzt in Sotchi 2014 und 2012 bei den Sommerspielen in London. Ungezählte Stunden investierten allein 30 unserer Orthopädie-Techniker aus Deutschland. Sie leisten im internationalen Team die handwerklich-technische Unterstützung der Sportler. Was für uns Bestätigung in unserem Tun ist, kann für viele Menschen nicht weniger als ein Ideal sein. Und so haben es ja auch Sie, werter Herr Bundespräsident, im Deutschen Haus in London selbst beschrieben: Die große Aufgabe der Inklusion werde zeigen, wie diese Vorbildfunktion sich praktisch an der Basis bemerkbar machen kann. Es war mir eine Ehre, persönlich beim Empfang der Sportler im Deutschen Haus in London zugegen sein zu dürfen, und Sie sprachen mir aus dem Herzen, als Sie darauf hinwiesen, dass unsere Spitzensportler Vorbild nur soweit sein können, wie andere ihnen auch nacheifern *können*.

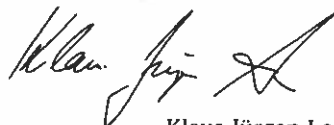
Wir wissen, dass das Arbeiten nach bestem Wissen und Gewissen allein nicht ausreicht, wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür, eine Teilhabe behinderter Menschen zu ermöglichen, entweder noch nicht ausreichen oder gar ausgehöhlt werden. Und so beklagten Sie im Angesicht der medaillenverwöhnten Spitzensportler in London zugleich auch: „Die Breite steht im Schatten.“ In der Tat, das können wir nicht wollen. Im Sport nicht und noch weniger in der Gesellschaft insgesamt. Später forderten Sie bei der Verleihung des Silbernen Lorbeerblattes an die Paralympics-Sportler 2014 „Teilhabemöglichkeiten für die Verschiedenen mit ihren unterschiedlichen Begabungen“ ein. Auch hier stimme ich Ihnen voll und ganz zu.

Doch was ist seit dem Jahr 2012 geschehen? Es sind eher Rückschritte, die wir in unserem Fach tagtäglich beobachten. Es zeugt wohl von Zynismus, wenn man zusieht, wie in Deutschland das Versorgungsniveau durch die Ausschreibung einer der großen Ersatzkassen von einem auf den anderen Tag für „die Basis“ in der vermeintlichen „Standard“-Rollstuhlversorgung drastisch abgesenkt wird und Patienten plötzlich von ihrem gewohnten Versorger abgeschnitten werden und zusehen können, dass sie mit einem kräftigen Griff in die eigene Tasche den Schaden für ihre Gesundheit begrenzen. Wie sollen diese Menschen weiter den Mut aufbringen, sich gegen die Hürden ihres Alltags zu stemmen und sich aktiv an Sport und Gesellschaft zu beteiligen, wenn wir es nicht zulassen und sie immer mehr als bloße Preisfrage unseres Gesundheitswesens begreifen.

Scheitern wir etwa in Deutschland schon an der Bewältigung von Hürden, die wir immer wieder selbst errichten? Wo bleibt der Impuls, der uns Inklusion und Teilhabe bei allem, was wir politisch diskutieren und entscheiden, als unumstößliche Größe betrachten lässt? Wie sichern wir mit unserem Gesundheitswesen Versorgungs- und damit Lebensqualität? Wir wissen sehr wohl, dass es die Regierung ist, die Gesundheitsgesetze entwirft, dass es das Parlament ist, das eine UN-Behindertenrechtskonvention in nationales Recht umsetzt, und dass es in Deutschland aus gutem Grund Selbstverwaltungskörperschaften sind, die im Sozialwesen Richtlinien und Empfehlungen in eigener Hoheit erlassen können.

Wir wissen aber auch, dass es das Wort des Bundespräsidenten ist, das die Impulse auslöst und das Umdenken einleiten kann. In diesem Sinne wünschen wir uns gemeinsam mit dem deutschen Behindertenrat, dass das Jahr 2015 tatsächlich ein Jahr des behindertenpolitischen Aufbruchs wird.

Gerne würde ich unsere Sorgen und Bedenken in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen austauschen und hoffe auf Ihre Unterstützung und einen baldigen Gesprächstermin.



Klaus-Jürgen Lotz,  
Präsident des BIV-OT